

Inhalt

1.	Edito	1
2.	„Anlässe ohne Frauen? - ohne uns!“	2
3.	50 Jahre Frauenstimmrecht	4
4.	Ja zur Konzernverantwortungsinitiative	5
5.	Pro und Contra zu den Kulturlandinitiativen	6
6.	Tourismus im Kanton Luzern neu denken – diskutiere mit!	9
7.	Aktive Grünliberale stellen sich vor	10
8.	Unsere nächsten Termine	11

1. Edito

von Riccarda Schaller, Co-Präsidentin, hallo@riccardaschaller.ch

Liebe glp-Community

Für unsere Kantonsrätinnen und Kantonsräte ist mit der Session letzte Woche eine anstrengende Zeit vorbei. Die Arbeit, die sie leisten, ist Knochenarbeit. Sie ist aber sehr wichtig. Die Bilanz unserer Fraktionschefin Claudia Huser ist durchzogen: immerhin konnte am Ende ein Budget verabschiedet werden. Gross ist natürlich die Sorge um die Folgen der Coronakrise. Die zweite Welle geht der Wirtschaft an die Substanz. Betroffenen sind vor allem Gastro und Tourismus. Unsere Fraktionsmitglieder setzen sich engagiert dafür ein, einen Einbruch der Wirtschaft oder des Gesundheitswesens abzufedern. Menschen in Existenznot muss geholfen sein. Das Credo in der Krise: keine Steuererhöhung und keine Budgetkürzung. Wir wollen die Wirtschaft stützen und unser gutes Gesundheitswesen schützen. Liebe Fraktion: ein herzliches Dankeschön für euren tollen Einsatz für die Lebensqualität und Krisenbewältigung im Kanton Luzern!

Zudem bleiben wir daran, gemeinsam mit verschiedenen Interessierten aus Politik und Wirtschaft die Ideen für einen nachhaltigen Tourismus weiterzuentwickeln. Ursula Berset berichtet über den aktuellen Stand und motiviert dich, deine Ideen ebenfalls einzubringen.

Gefeiert haben wir dann doch noch. Schliesslich ist das Stimmrecht der Frauen 50 Jahre alt. Erschreckend jung - geht mir da durch den Kopf. Vor wenigen Tagen stiess ich mit meinem früheren WG Gspändli an: auf seinen 50igsten. Claudia Huser berichtet über den langen Kampf der Beteiligung der Frauen am politischen Leben. Mit dem Wahlrecht ist die Gleichstellung aber noch nicht erreicht. Wir blicken über den Tellerrand was so geht im Bereich Partizipation und Gleichstellung. Gehörst du zu jenen die sagen: „Anlässe ohne Frauen? - ohne uns!“. Dann werde Mitglied bei [WE/MEN](#) und lies das Interview mit «glp lab»- und WE/MEN-Mitgründer Pirmin Meyer. Oder bring dich bei uns ein (lu@grunliberale.ch). Wir freuen uns jede aktive, offene, liberale und progressive Kraft!

Zurück zum Abstimmen. Hast du deine Meinung für die Abstimmungen vom 29. November schon gemacht? Teste deine Haltung an den Argumenten unserer Profis Nationalrat Roland Fischer, Kantonsrat Urs Brücker

sowie Marlis Gander. Wir stellen in den Fokus: die Kulturlandinitiativen im Kanton Luzern und die nationale Konzernverantwortungsinitiative.

Last but not least stellen wir jene vor, die unserer Partei das Profil geben. Heute: Stefanie Stalder. Sie ist gleich jung wie das Frauenstimmrecht und findet zur glp: «Die Partei, die die Herausforderungen der nahen und fernen Zukunft erkennt und angeht, dabei nicht ausser Acht lässt, dass die Dringlichkeiten nur bei der Wahrung einer politischen und wirtschaftlichen Stabilität erreicht werden können.» Liebe Stefanie. Das finde ich auch. Vielen Dank für dein tolles Engagement!

Geniesst die Lektüre und kommt gut und gesund durch den Herbst!

Herzlich grüsst,

Riccarda



2. „Anlässe ohne Frauen? - ohne uns!“

Bern. Wenige Stunden bis zum Lockdown-Light. Pirmin sitzt am Bistro-Tisch und winkt mir zu. Wir treffen uns zum Gespräch über die WE/MEN Bewegung, die mich interessiert. Die Stimmung ist positiv, das Thema wohlthuend erfrischend, wie sich zeigt.

Pirmin, deine Rollen sind vielfältig: Familienvater, Berufstätiger, Mitgründer des Politiklabors glp Lab und bis vor kurzem Politiker, genauer noch Gemeinderat in der Stadt Zürich. Wie kommt es dir da in den Sinn, auch noch WE/MEN zu gründen?

Es fing alles vor rund 8 Jahren an. Ich wurde zum ersten Mal Vater. Das hat bei mir etwas ausgelöst. Ich hinterfragte die bestehenden Rollenbilder. Die Abmachung mit meiner Frau war, dass wir uns beide aktiv für Beruf und Familie engagieren. Ich musste meine neue Rolle zuerst finden. Fragen der Gleichberechtigung und Feminismus begannen mich zu interessieren. Beim surfen im Internet stiess ich auf Initiativen wie #TackaNej oder #Men4equality. Ich fühlte mich im Kern angesprochen und beschloss, dass es so etwas auch in der Schweiz braucht.

Was genau braucht es für WE/MEN, damit Gleichberechtigung Realität wird?

Keine Anlässe, wo keine Frauen dabei sind (lacht). Wir machen bei WE/MEN drei ganz einfache Dinge: Erstens hinterfragen wir bestehende Rollenbilder und suchen den Dialog. Unsere Denke ist positiv - kein „blaming and shaming“. Zweitens bieten wir eine Plattform, wo Männer und auch Frauen sich für das Anliegen der Gleichberechtigung vernetzen. Drittens: Anlässe ohne Frauen? - ohne uns!

Ich war auf eurer Webseite und staunte nicht schlecht: rund 100 Männer und Frauen zeigen sich mit Portraitbild und Commitment für eure drei Grundsätze. Darunter auch bekannte Gesichter wie Sandro Brotz, Renato Kaiser oder Patrizia Laeri. Wie hast du das geschafft?

Der Anfang war harzig. Ich habe via Facebook und Twitter Leute gesucht, die mir helfen. Dann sass ich mit Mattia Bütikofer und Philipp Meier zusammen. Ich konnte sie davon überzeugen, dass es in der Schweiz mehr Männer braucht, die sich für Gleichberechtigung einsetzen. Und dass der Boykott von All-Male-Panel ein ganz konkreter Beitrag ist. Gemeinsam entwickelten wir das Konzept zu den oben genannten drei Grundsätzen weiter. Dann kam der Karren plötzlich ins Rollen. Innert kurzer Zeit schlossen sich uns weitere Personen an. Mit Nadine Jürgensen gewannen wir eine vernetzte, kompetente und engagierte Frau für unser Kernteam. Das Kernteam wuchs von 7 auf 10 Personen. Wir haben eine gute Medienpräsenz - ohne diese wirklich aktiv zu suchen. Ein Highlight dieses Jahr war die Nomination für den Swiss Diversity Award, was uns als Bewegung ohne grosse Organisation im Rücken zusätzlich Aufmerksamkeit gab.

Das klingt so einfach, wenn du erzählst. Hattet ihr keine Auseinandersetzungen?

Doch, klar. Das ist Teil des Prozesses und auch interessant. Wie gesagt gab es da die Diskussion, die Plattform für Frauen zu öffnen. Unsere Kernbotschaft ist klar: Wir stehen für mehr Frauen im öffentlichen Diskurs und wir sind überzeugt, dass wir nur gemeinsam – Frauen und Männer – in der Gleichberechtigung einen Schritt weiterkommen. Aber es war nicht allen genügend ambitioniert, nur männliche Panels zu boykottieren. Also schufen wir einen Ort, wo Rollenbilder hinterfragt und diskutiert werden.

Wie geht es jetzt weiter? Werdet ihr doch noch zur politischen Organisation?

Nein. Das ist kein Thema. Im ersten Lockdown konnten wir unsere Social Media Präsenz aufbauen. Das funktionierte gut. Physische Anlässe sind im Moment leider kein Thema. Wobei uns ein Event Anfang 2021 zu Männlichkeiten vorschwebt. Wir vernetzen uns aber vermehrt digital. Angesichts der wachsenden WE/MEN Bewegung starten wir bald in die zweite Phase: wir wollen uns professionalisieren und die Community noch aktiver miteinbeziehen. Es besteht auch die Idee, dass wir Inhalt produzieren und damit an Unternehmen gelangen.

Du bezeichnest dich selber als Feminist. Worin zeigt sich das?

Feminismus hinterfragt stereotype Rollenkonzepte. Und ermöglicht die Befreiung von veralteten Rollenbildern oder Settings, in denen man sich gar nicht wohl fühlt. Auch Männer sollten sich diese Frage stellen: Was ist meine Rolle in der Gesellschaft, im Unternehmen, als Vater usw.? Mir gefällt der Begriff inklusiver Feminismus. Mein Ziel sind Gleichberechtigung und freie Entfaltung. Es ist gut, dass Männer ihren eigenen Feminismus finden. Für mich heisst dies nichts anderes, als dass ich meine Rolle in verschiedenen Situationen reflektiere. Lache ich bei einer sexistischen Bemerkung mit? Oder spreche ich Ungleichberechtigung direkt an?

Wirst du für dein Engagement mit WE/MEN auch angefeindet?

Nein. Bisher gab es keine negativen Reaktionen. Wir scheinen einen Nerv zu treffen. Die NZZ setzte mal einen negativen Titel – „Feministen können nur verlieren“ – zu einem an und für sich ausgewogenen Artikel. Aber solche Auseinandersetzungen über die Akzeptanz von neuen Rollenbildern sind uns wichtig. Männer sind mitten im Spannungsfeld des Wandels der Rollen. Deshalb braucht es diese Plattform. Und deshalb braucht es die Debatte über Männlichkeiten.



Pirmin Meyer wurde 1976 in Sursee geboren und wuchs in Schötz auf. Seine Jugend verbrachte er in der Stadt Luzern. Heute lebt er mit seiner Lebenspartnerin und den beiden Söhnen in Zürich.

Gespräch und Text: Riccarda Schaller

3. 50 Jahre Frauenstimmrecht

von Claudia Huser, Kantonsrätin & Fraktionsvorsitzende, claudia.huser@lu.ch



1970 war Luzern der dritte Deutschschweizer Kanton, der den Frauen das Stimm- und Wahlrecht zusprach. Wow – und das in unserem konservativen katholischen Kanton!! Ich staunte nicht schlecht, als ich das zum ersten Mal hörte... und dann verfliegt aber sehr schnell die Euphorie und eine gewisse Nachdenklichkeit macht sich breit...

Denn sind 50 Jahre eigentlich etwas zu feiern, oder eher ein Anlass sich «fremdzuschämen», dass wir die letzten in Europa waren und zwar nicht zu knapp? Ich habe mir das sehr lange überlegt und bin heute überzeugt: JA!

Klar muss man sich fragen, warum es so lange gedauert hat: Dies liegt wohl vor allem daran, weil sich unser Land (und darauf bin ich stolz) dann doch von den anderen Ländern unterscheidet. Bei uns konnte vor 100 Jahren nicht ein Präsident, ein Kanzler oder gar ein Kaiser in Eigenregie einfach einen Gesetzesartikel ändern. Für die Umsetzung brauchte es eine Volksabstimmung und diese musste logischerweise ausschliesslich von Männern (also nicht den Direktbetroffenen) angenommen werden.

Und daher musste der Weg der Frauen, der Kämpferinnen von damals, anders begangen werden, als dies z.B. die Suffragetten in England beispielsweise mit «sich-anketten» oder Hungerstreiks machen konnten. Bei uns hätte ein solches Verhalten die Männer von damals in ihrer (leider weitverbreiteten) Meinung bestärkt: «Frauen seien zu emotional und hätten nicht die nötige Reife für politische Entscheidungen». Unsere Vorkämpferinnen mussten mit politischem Geschick und Sachlichkeit überzeugen. Sprich Überzeugen und Konsens finden – und das braucht Zeit und Durchhaltewillen – das Erleben wir als kleine Partei tagtäglich in unserer Arbeit.

Bitte liebe Lesende, versteht mich nicht falsch. Ich will hier nicht unsere Langsamkeit beschönigen, aber ich will damit sagen: Wir müssen umso mehr feiern! Denn die Vorkämpferinnen und -kämpfer von damals haben eine echte Mammutleistung erbracht.

Und trotzdem - sind wir ehrlich - so wirklich etwas geändert hat sich auch erst etwas, als im Jahr 1996 das Gleichstellungsgesetz umgesetzt wurde. Vor weniger als 30 Jahren... Bis dahin konnten Frauen einen Arbeitsvertrag nicht ohne Einverständnis ihres Ehemanns unterzeichnen. Unsere erste Bundesrätin hätte ihr Amt ohne Einwilligung ihres Mannes nicht antreten können... unglaublich? Für uns heute und innerhalb der glp ganz sicher.

Und genau das zeigt auf, warum es heute immer noch Frauenförderung braucht und warum diese durchaus auch mit liberalen Werten vereinbar ist: Schliesslich wollen wir, dass wir in unserer Demokratie die Gesellschaft abbilden. Wenn man die Mandatsverteilung innerhalb der glp anschaut, können wir stolz sein – da machen uns nur wenige Parteien etwas vor. Ich bin stolz, dass ich teil der progressivsten Partei mit dem grössten Verständnis für Gleichstellung bin. Aber über die ganze Politik gesehen, sind wir noch lange nicht soweit. Frauen sind noch immer klar untervertreten. Und das muss sich ändern.

Und wenn ich hier schon die Plattform für einen Text erhalte, nutze ich das gerne persönlich: Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass ich nicht den Weg in die Politik hätte gehen dürfen. Denn auch wenn wir als (noch) kleinste Fraktion im Kantonsrat, sehr häufig «eins aufs Dach» bekommen...es macht mir so viel Spass für die glp zu politisieren und unseren Kanton zu entwickeln! Das ist nur Dank eurem Einsatz und eurer Unterstützung möglich! Ich danke euch von Herzen dafür.

Aber jetzt lasst uns erst mal feiern: Noch bis Februar finden im ganzen Kanton Anlässe statt, denn am 7. Februar 2021 jährt sich das Frauenstimmrecht auf nationaler Ebene. 35 Partnerorganisationen greifen das Thema «Gleichberechtigung gestern, heute, morgen» auf unterschiedliche Weise in insgesamt 39 Veranstaltungen auf. Infos unter: www.frauenstimmrecht-luzern.ch. Ich freue mich, die einen oder anderen (Männer wie Frauen) an den Anlässen zu treffen!

4. Ja zur Konzernverantwortungsinitiative

von Roland Fischer, Nationalrat, roland.fischer@parl.ch



Es wäre eigentlich eine Selbstverständlichkeit: Schweizer Unternehmen halten auch im Ausland international anerkannte Menschenrechte und Umweltstandards ein. Für die meisten Unternehmen trifft dies zu. Leider gibt es aber immer noch Schweizer Konzerne, die im Ausland Menschenrechte verletzen oder Umweltschäden anrichten. Oft können sie dafür in den betroffenen Ländern nicht zur Verantwortung gezogen werden. Gegen solche Unternehmen, die dem Ruf der Schweiz schaden, richtet sich die Konzernverantwortungsinitiative.

Die Initiative fordert zwei Dinge: zum einen sollen Konzerne auch im Ausland eine angemessene Sorgfaltspflicht wahrnehmen. Sie müssen Massnahmen treffen, damit die von ihnen kontrollierten Unternehmen und ihre Geschäftspartner die international anerkannten Menschenrechte und Umweltstandards einhalten. Zweitens haften sie für Schäden, die sie und die von ihnen kontrollierten Unternehmen bei einer Verletzung dieser Rechte und Standards verursachen. Die Initiative gilt für Grosskonzerne; KMU sind nur dann betroffen, wenn sie in Hochrisikosektoren (z.B. Gold- oder Diamantenhandel) tätig sind.

Die Initiative basiert auf bestehendem Haftungs- und Zivilprozessrecht. Eine geschädigte Person muss vor einem Schweizer Gericht nachweisen, dass ein Schaden und eine Verletzung von anerkannten Menschenrechten oder Umweltstandards vorliegt. Sie muss beweisen, dass der Schaden von der Unternehmung selbst oder einem kontrollierten Unternehmen verursacht wurde. Die Beweislast liegt also bei der geschädigten Person. Kann die Unternehmung aber aufzeigen, dass sie ihre Sorgfaltspflicht wahrgenommen hat, so haftet sie nicht, selbst wenn der Schaden nachgewiesen ist. Es handelt sich also um eine faire Lösung mit Augenmass.

Die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards rückt mehr und mehr ins Zentrum der Geschäftstätigkeit in einer globalisierten Welt. Es ist ein Trend, den sowohl andere Staaten verfolgen als auch die grossen Anleger. Diese wollen sich immer stärker versichern, dass bei einer Investition keine Risiken im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung auf sie zukommen. Bereits bestehen ähnliche Regelungen in anderen Staaten, und auch die EU hat schärfere und griffigere Regeln zur Sorgfaltspflicht von international tätigen Unternehmen und deren Durchsetzung angekündigt. Auch aus der Wissenschaft kommen positive Signale zu Gunsten der Initiative: So haben kürzlich 15 Entwicklungsökonom*innen von 7 Universitäten die Initiative als ein geeignetes Instrument bezeichnet, damit die Aktivitäten von Schweizer Unternehmen in Entwicklungsländern entwicklungsfördernd und nicht entwicklungshemmend wirken.

Soziale und ökologische Verantwortung sind Grundlagen einer liberalen Wirtschaft. Damit alle gleich lange Spiesse haben, braucht es aber einen Rechtsrahmen, der unverantwortlichem Handeln Grenzen setzt. Deshalb braucht es ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative.

PAROLEN NATIONALE ABSTIMMUNGEN		29. NOVEMBER
JA	ZUR KONZERNVERANTWORTUNGSINITIATIVE	
NEIN	ZUM VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN	
PAROLEN KANTONALE ABSTIMMUNGEN		
JA	ZUR VERFASSUNGSINITIATIVE «LUZERNER KULTURLANDSCHAFT»	
JA	ZUR GESETZESINITIATIVE «LUZERNER KULTURLANDSCHAFT» UND GEGENVORSCHLAG	
STIMMFREIGABE	BEIM STICHENTSCHIED	

5. Pro und Contra zu den Kulturlandinitiativen

von Marlis Gander, info@marlisgander.ch (Pro) und Urs Brücker, ufbruecker@bluewin.ch (Contra)

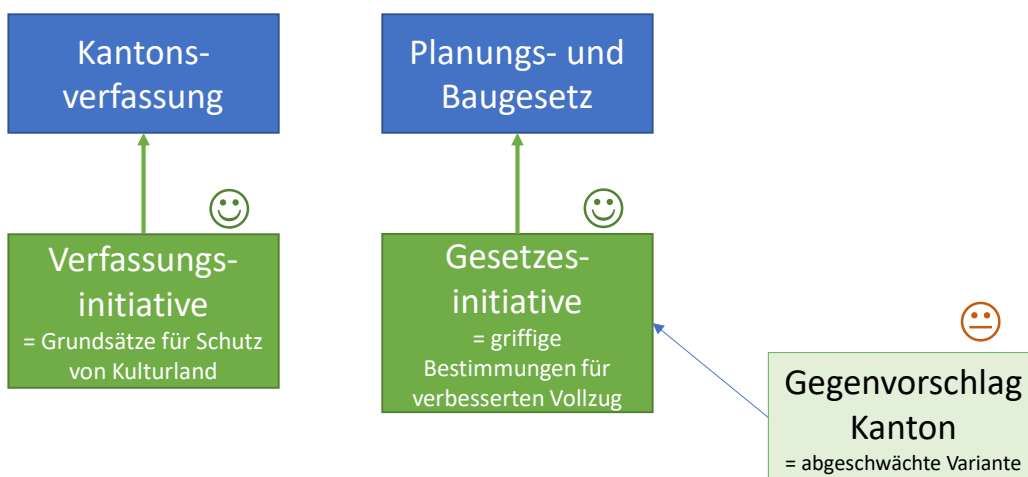


Unser Boden ist ein natürliches Produkt und über Tausende von Jahren gewachsen. Wir müssen dazu Sorge tragen. Heute und für nachfolgende Generationen. Unser Kulturland darf nicht mit ungebremseter Geschwindigkeit und weitreichenden ökologischen Folgen unwiederbringlich verschwinden. Seit Jahrzehnten verschwindet jede Sekunde rund ein Quadratmeter Landwirtschaftsfläche durch hohes Siedlungswachstum.

Für das beste Landwirtschaftsland gelten in der Schweiz spezielle Schutzbestimmungen basierend auf dem Sachplan Fruchtfolgeflächen (FFF), der seit 8. Mai 2020 in überarbeiteter Fassung vorliegt. Seit 1992 gibt es für die Kantone Kontingente für die zu erhaltenden Mindestflächen. Für den Kanton

Luzern gilt ein Kontingent von 27'500 Hektaren FFF.

Mittels zwei Initiativen soll eine fundierte Basis für eine nachhaltige Zukunft und den Schutz des Kulturlandes geschaffen werden. Einerseits einer Verfassungsinitiative, welche auf die Kantonsverfassung wirkt, andererseits einer Gesetzesinitiative, welche Auswirkungen auf das kantonale Planungs- und Baugesetz hat. Der Kanton hat zur Gesetzesinitiative einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Die Verfassungsinitiative legt allgemeine Grundsätze, die Gesetzesinitiative den Vollzug fest.



Dass der Druck auf das Kulturland trotz der Teilrevision des Bundesgesetzes über die Raumplanung hoch ist, zeigt zum Beispiel das laufende Einzonungsbegehren für den Campus Sursee in Oberkirch. Dieser steht mitten in der Landwirtschaftszone. Es sollen mehr als 20'000 m² Kulturland einer Sonderbauzone zugewiesen werden. Davon sind mehr als ein Drittel (6'500 m²) Fruchtfolgeflächen (FFF). Diese Flächen sind ohne griffige Gesetze direkten irreversiblen Folgen und ihren Auswirkungen ausgesetzt.

Griffige Gesetzesgrundlagen und Kriterien für die Interessenabwägung sind dringend nötig.

Der Kantonsrat hat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dieser weicht in folgenden Punkten von der Initiative ab:

- Verzicht auf die Nennung klarer Zielvorgaben an eine Einzonung oder Beanspruchung von Kulturland.
- Erlaubt die Kompensation von FFF mittels Bodenverschiebung sowie Verlängerung der Frist zur Aufnahme der FFF in die Planungsinstrumente von 5 auf 10 Jahre.
- Verzicht auf die Bestellung einer Kommission für den Schutz der Kulturlandschaft.

Es ist deshalb wichtig, die Gesetzesinitiative dem Gegenvorschlag vorzuziehen:

- Wir haben heute ein *Vollzugsproblem*. Klare Vorgaben gemäss Initiative helfen, diese zu lösen. Dabei geht es um den Umgang mit Kulturland, das heute nicht in der Bauzone ist. Auch wenn teilweise andere Behauptungen gemacht werden.
- Nicht zuletzt die Coronakrise hat gezeigt, wie wichtig vom Ausland unabhängige Produktionsfaktoren sind. Der *Boden zur Produktion von lokalen Nahrungsmitteln* gehört dazu. Deshalb ist ein guter Schutz mit klaren Aussagen unabdingbar. Der Schutz von Kulturland ist essenziell. Wenn wir heute nichts unternehmen, sind die Auswirkungen für die nächsten Generationen irreversibel. Renaturierungsprojekte bei Bodenverschiebungen sind mit hohen Kostenfolgen verbunden. Die Schweiz hat viel innovatives Potenzial bei noch unbebauten Bauzonen, welche mit optimalen, differenzierten, gezielten Nutzungen eine höhere Wertschöpfung generieren.
- Gemäss Initiative darf Aushubmaterial zur Verbesserung degradierter Böden verwendet werden. Die Initiative will jedoch die noch vorhandenen rund 27'500 Hektaren FFF möglichst vor *Zweckentfremdung* schützen. Die Ersatzbeschaffung von FFF mittels Bodenverschiebung wird abgelehnt, da diese Flächen meistens an weniger geeigneten Standorten liegen (z.B. Auffüllen von Feuchtgebieten) und zu Lasten der Biodiversität gehen. Ohne den strengen Schutz der FFF werden die Luzerner Flusstäler, wo die besten FFF liegen, weiter zugebaut und die Grünfläche nimmt insgesamt weiter ab.
- Die Verwirklichung öffentlicher *Infrastrukturaufgaben*, wie zum Beispiel zur Gewinnung erneuerbarer Energie, wird mit der Initiative nicht ausgeschlossen.
- Die Zeit drängt. Bei der Diskussion der *Biodiversität* haben wir gesehen, wie rapide der Schwund an Artenvielfalt zum Beispiel bei den Insekten ist. Es braucht zeitnah gute Plangrundlagen.
- Der Landschaftsschutz ist im Kanton Luzern nur wenig verankert. Die zunehmende Komplexität bei Nutzung und Schutz von natürlichen Ressourcen verlangt nach einer Stelle, die sich *verantwortlich* fühlt für die Gesamtwirkung von Bauvorhaben auf Umwelt und Landschaft und die den Schutz von Kulturland nicht aus den Augen verliert.

Die Annahme der Verfassungsinitiative ist wichtig, damit die Kantonsverfassung als Grundlage wirksam wird für das mittels Gesetzesinitiative zu ändernde kantonale Planungs- und Baugesetz.

Verfassungs- und Gesetzesinitiative schiessen weit über das Ziel hinaus



Dass unsere landwirtschaftlichen Nutzflächen und insbesondere die wertvollsten Anbauflächen, die so genannten Fruchtfolgeflächen (FFF) langfristig besser geschützt werden müssen, ist unbestritten. Mit dem geltenden RPG, dem Richtplan des Kantons Luzern und mit dem vom Bundesrat am 08. Mai 2020 verabschiedeten revidierten Sachplan FFF wird dem vollumfänglich Rechnung getragen.

Mit der Verfassungsinitiative sollen Aufgaben und Ziele zum Schutz der Kulturlandschaft in die Verfassung des Kantons geschrieben werden. Dies korrespondiert in keiner Weise mit der Struktur unserer Verfassung. Diese ist nicht als „Vollverfassung“ ausformuliert. Sprich, nur den Bereich „Kulturlandschaft“ wie von der Initiative gefordert in der Verfassung auszuformulieren ist systemfremd. Da müsste man dann in allen anderen Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Soziales, Umwelt & Energie, öffentliche Sicherheit etc. auch konkrete Aufgaben/Ziele beschreiben, was aktuell im §11 der Kantonsverfassung nicht der Fall ist.

Mit der ausformulierten Gesetzesinitiative sollen verschiedenste Bestimmungen im Planungs- und Baugesetz (PBG) des Kantons geändert werden. Mit diesen Anpassungen wird dabei teilweise geltendes Bundes- und kantonales Recht lediglich wiederholt. Zudem sind die Forderungen radikal und verhindern eine vernünftige räumliche und wirtschaftliche Entwicklung in unserem Kanton.

Insbesondere lehne ich die Gesetzesinitiative aus folgenden Gründen ab:

- LN liegen zum Teil innerhalb der Bauzonen (1'200 ha) – Initiative würde dazu führen, dass auch solche Flächen nicht überbaut werden dürften – also Bauverbote innerhalb der Bauzonen. Damit erreicht die Gesetzesinitiative das Gegenteil von dem was sie will. Es wird auf Flächen am Siedlungsrand ausgewichen, was zu einer weiteren Zersiedlung, statt zu den allseits gewünschten Verdichtungen im Siedlungsraum führt.
- Mit der Initiative werden Kompensationsmöglichkeiten durch Bodenverbesserung gestrichen. Also wird die Beanspruchung von FFF ausgeschlossen und damit eine räumliche Entwicklung z.B. entlang der Hauptentwicklungsachsen gemäss Richtplan verunmöglicht
- Die Gemeinden müssten die FFF innerhalb von 5 Jahren in ihren Zonenplänen kartografieren. Dies ist auch wegen fehlenden externen Expertenkapazitäten für die Kommunen nicht realisierbar.

Was für mich als Energiepolitiker aber am Schwersten wiegt, ist die Tatsache, dass bei einer Annahme der Initiative die Realisierung von Anlagen zur Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen - zusätzlich zu allen bereits bestehenden Hemmnissen - massiv erschwert werden. Ob Wind- oder Wasserkraftanlagen, Biogasanlagen aber auch Zentralen für thermische Netze – diese brauchen Fläche. Wenn bei der Interessensabwägung immer der Schutz des Kulturlandes an erster Stelle steht sehe ich schwarz für die Erreichung der Ziele der Energiestrategie 2050 und auch Bezüglich der Umsetzung des hoffentlich bald in Kraft tretenden neuen CO2-Gesetzes!

Die Initiativen sind gut gemeint schiessen aber klar über's Ziel hinaus, sind zu radikal und stellen den Schutz des Kulturlandes in einem unverhältnismässigen Mass über alle anderen Ziele einer zukunftsgerichteten Entwicklung von Wirtschaft und Umwelt.

Stimmen wir am 29. November JA zum Gegenvorschlag wie das im Dezember 2019 die GLP-Fraktion einstimmig auch gemacht hat!

6. Tourismus im Kanton Luzern neu denken – diskutiere mit!

von Ursula Berset, Kantonsrätin, ursula.berset@bluewin.ch



Von der Ausbreitung der Corona-Pandemie über Europa und die ganze Welt ist eine Wirtschaftsbranche ganz besonders betroffen: der Tourismus. Noch im Sommer 2019 wurde in Luzern heftig über die Auswirkungen des Massentourismus diskutiert. Wo die vielen Reiseautos parkieren sollen und wer überhaupt von den Touristen profitiert, die am Schwanenplatz in Massen von den Autos ausgespuckt werden.

Mittlerweile hat sich die Ausgangslage drastisch verändert. Von Reisen in andere Länder wird generell abgeraten. An Massentourismus ist schon gar nicht zu denken. Ausländische Gäste sind in der Stadt Luzern selten geworden. Die

Betriebe der Gastro- und Tourismusbranche konnten ihre Türen nach einem ersten Lockdown zwar wieder öffnen, sind aber gezwungen einschneidende Schutzmassnahmen umzusetzen.

Der Regierungsrat hat deshalb im April dieses Jahres signalisiert, dass er die Tourismusbranche finanziell unterstützen will. Die Forderung der glp, das gesprochene Geld an Vorgaben zur Nachhaltigkeit zu knüpfen, hat der Regierungsrat abgelehnt. Er war der Meinung, das bestehende Tourismus-Leitbild beinhalte bereits genügend Bestimmungen zur Nachhaltigkeit und sah keinen weiteren Handlungsbedarf.

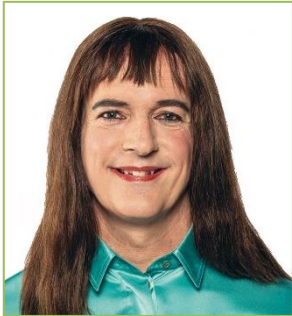
Die wirtschaftlichen Einbussen für die betroffenen Betriebe sind immer noch gross – da gibt es nichts schönzureden. Aber in der Krise steckt auch eine Kraft. Weiter wie bisher ist nun definitiv keine Option mehr. Grosse Touristengruppen aus Asien oder den USA können, wollen oder dürfen wohl bis auf weiteres nicht mehr nach Europa kommen. Der Tourismus im Kanton Luzern muss sich neu ausrichten. Die Akteure müssen ihre bisherigen Pfade verlassen und in neuen Lösungen denken.

Die glp hat im Kanton Luzern die öffentliche Diskussion dazu mit der Tourismus-Charta angestossen: Die Charta stellt sieben Forderungen auf, wie der Tourismus im Kanton Luzern wirtschaftlich und ökologisch nachhaltiger gestaltet werden kann. Unterzeichnet wurde die Charta von 18 Personen aus der Wirtschaft und Politik. <https://lu.grunliberale.ch/themen/tourismus-charta.html>

Inzwischen ist auch der Regierungsrat zur Einsicht gekommen, dass die Zeit reif ist, die Situation grundsätzlich zu analysieren und das Tourismusleitbild zu überarbeiten. Das hat er in seiner Antwort auf die Motion M120 von André Marti ausgeführt. Er will nächstes Jahr eine Wirkungs- und Umfeldanalyse in Auftrag geben und auf dieser Basis das Tourismusleitbild überarbeiten. Dass der Tourismus nachhaltiger werden muss, ist mittlerweile allen klar. Die Grundlagen dafür sollen mit dem Planungsbericht über die Klima- und Energiepolitik des Kantons Luzern erarbeitet werden.

Der Tourismus ist mit rund 1 Milliarde CHF Bruttowertschöpfung (2015) einer der wichtigsten Wirtschaftszweige im Kanton Luzern. Ziel muss es sein, ihn gemeinsam und branchenübergreifend zum Wohle von uns allen im Kanton weiter zu entwickeln. Dafür setzen wir Grünliberalen uns ein. Wenn du auch mitdiskutieren möchtest, melde dich bei uns über lu@grunliberale.ch, wir freuen uns auf deinen Beitrag!

7. Aktive Grünliberale stellen sich vor



Vorname und Name	Stefanie Stalder
Alter	50 Jahre
Beruf	Maschinenführerin, Landwirtin
Ausbildung	Landwirt EFZ , Maurer EFZ
Wohnort	Grosswangen
Lebensform	verheiratet, Vater von 2 Kindern (7 & 10), durch meinen Transitionsweg ein etwas spezielles Modell von Familie und Partnerschaft
Politische Aktivitäten	Zur Zeit wenig aktiv, weil ich mich in einer Phase der Selbstfindung und -Erfindung befinde. Sonst Aktivistin der LGBTIQ-Community, der ich als Transfrau auch angehöre.

Die glp ist für mich: Die Partei, die die Herausforderungen der nahen und fernen Zukunft erkennt und angeht, dabei nicht ausser Acht lässt, dass die Dringlichkeiten nur bei der Wahrung einer politischen und wirtschaftlichen Stabilität erreicht werden können.

Der Kanton Luzern ist für mich: Eine landschaftliche und kulturelle Vielfalt auf engstem Raum. Ein Raum, wo Moderne und Tradition aufeinander treffen.

Die grössten Herausforderungen für den Kanton Luzern sind...

- ...die etwas konservative und träge Mentalität der Innerschweizer Bevölkerung. Diese macht es nicht immer einfach, neue zukunftsorientierte Wege einzuschlagen.
- ...den Tourismus in nachhaltige, zukunftstaugliche Bahnen zu lenken, ohne den Lebensraum zu erdrücken.
- ...dass noch mehr Wachstum, das nötig sein wird, solange kein Systemwechsel stattfindet, grosse Opfer einfordern wird, auf Kosten von Natur und Landschaft, auf Kosten von Wohn- und Lebensqualität.

Dies sollte aus meiner Sicht gelöst werden, indem...

- ...das Konkurrenzdenken zwischen Wirtschaftsverbänden, zwischen Regionen, zwischen Bevölkerungsgruppen und Generationen zurückgestuft, und mehr das Miteinander gesucht wird.
- ...die Führungsleute in Wirtschaft und Politik etwas mehr über den Tellerrand hinausblicken und Entscheidungen zum Wohle unserer Kinder und Grosskinder anstreben.
- ...die existenziellen Herausforderungen der Zukunft der Menschheit eine höhere Priorität bekommen.

8. Unsere nächsten Termine

- Mo 09.11.2020 kantonale Mitgliederversammlung
- So 29.11.2020 Abstimmungen
- Do 21.01.2021 kantonale Mitgliederversammlung
- Mo 25.01.2021 Session Kantonsrat
- Di 26.01.2021 Session Kantonsrat
- Sa 06.02.2021 nationale Delegiertenversammlung
- So 07.03.2021 Abstimmungen
- Mo 15.03.2021 Session Kantonsrat
- Di 16.03.2021 Session Kantonsrat
- Sa 24.04.2021 nationale Delegiertenversammlung
- Do 29.04.2021 kantonale Mitgliederversammlung

Schon gewusst...

...dass aktive Mitarbeit bei der glp auch mit sehr wenig Zeit möglich ist?

Nähere Infos gibt's bei lu@grunliberale.ch.



Im Bild die neu gegründete glp Eschenbach (Teil der Sektion Emmen-Hochdorf).